



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

KLIMASCHUTZ NICHT AUF DEM RÜCKEN DER SOZIAL SCHWÄCHEREN VORANTREIBEN

26.05.2011 Fachinformation

Einkommensschwache Haushalte sind oftmals nicht in der Lage, eine Sanierung mitzutragen, auch wenn die Kosten nur teilweise auf die Kaltmiete umgelegt werden. Das konstatiert die Studie "Die soziale Dimension des Klimaschutzes und der Energieeffizienz im Kontext von Bau- und Wohnungswirtschaft, die im Auftrag des GdW vom Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n) unter Leitung von Prof. Franz Josef Radermacher erstellt wurde. Aus Sicht der Forscher "ist das gegenwärtige Zusammenspiel der Rahmenbedingungen sachlich nicht zufriedenstellend und politisch nicht zielführend. [...] Der Klimaschutz ist und bleibt vor allem ein globales Thema. Die Politik muss Instrumente für Energieeffizienz deutlich vom Klimaschutz trennen." Umweltschutz sollte so organisiert werden, dass die soziale Balance bei den Menschen mindestens das bisherige Niveau hält oder sogar besser wird, erklärt die Studie. Werde das nicht erreicht, bedeute dies, dass die Umwelt zu Lasten der schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft geschützt werde. Das Leben einkommensschwacher Haushalte sei zwangsläufig von stark kurzfristigem Denken geprägt. Es sei anzunehmen, dass einkommensschwache Haushalte kaum die Möglichkeit haben, eine Sanierung, die auch nur teilweise auf die Miete umgelegt wird, mitzutragen. Sie wählen ihre Wohnung nach der Kaltmiete aus, da sie die monatlichen Fixkosten darstellt. Dadurch steigt die Nachfrage nach unsaniertem Wohnraum, und mit ihr die Gefahr einer zunehmenden Segregation. Denn Haushalte mit höheren Einkommen, aber auch Ökovorbilder ziehen eher in den sanierten Bestand. Mit diesem Ergebnis legt die Studie aus Sicht des GdW den Finger in die Wunde. Nach einer energetischen Modernisierung ist eine Entlastung bei den Wohnkosten erst bei steigenden Energiekosten nach mehreren Jahren im Vergleich zur unsanierten Wohnung sichtbar. "Höhere energetische Standards und fehlende Fördermittel verschärfen die Situation weiter", erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko. Um sozial schwächer gestellten Haushalten das Wohnen in energetisch sanierten Gebäuden zu ermöglichen und Verdrängungseffekte zu vermeiden, sind aus Sicht des GdW neue Konzepte notwendig. "In energetisch sanierten Häusern sollten höhere Kosten der Unterkunft erstattet werden", forderte Gedaschko. Insgesamt zählen rund 20 Prozent aller Haushalte in Deutschland zum Niedrigeinkommensbereich. Sie sind entweder Bezieher von Mindestsicherung, von Wohngeld oder Haushalte unter der Armutsgrenze ohne Mindestsicherung oder Wohngeld. Ein Großteil dieser Haushalte wohnt bei Wohnungsunternehmen, die in den Regionalverbänden des GdW organisiert sind. "Das Klimaschutzproblem ist nicht über eine weitere Verschärfung der Energieeffizienzanforderungen im Gebäudebestand zu lösen", warnte Gedaschko. Die Beibehaltung der derzeitigen Mindestanforderungen an die Energieeffizienz und eine verstetigte und ausreichende KfW-Förderung für energetische Sanierung können jedoch dazu beitragen, die Sanierung im Gebäudebestand voranzutreiben. Die Studie steht im Internetangebot des GdW (www.gdw.de) kostenlos zum Download bereit.

<https://bbu.de/beitraege/klimaschutz-nicht-auf-dem-ruecken-der-sozial-schwaecheren-vorantreiben>